Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 28 (1936)

Heft: 7

Rubrik: Tagesfragen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tagesfragen.

Die Krise der eidgenössischen Politik hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Von allen Seiten her prasselt ein Trommelfeuer der Kritik auf den Bundesrat hernieder, wie er es wohl noch nie erlebt hat. Kurslosigkeit, Ratlosigkeit, Untätigkeit, vollständiges Versagen wird ihm vorgeworfen. Bezeichnenderweise finden wir diese Kritik nicht nur in oppositionellen Blättern, sondern in fast noch schärferem Ausmass in der Presse der regierenden Parteien. Das zeigt, dass die Misstrauenswelle, die ja im Volke schon seit langer Zeit vorhanden ist, allmählich so stark wird, dass sie auch die bisher systemstreuen Kreise mitreisst.

Die Kritik richtet sich in erster Linie gegen den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat Obrecht, der in der Frage der ausserordentlichen wirtschaftlichen Vollmachten, bei der Beratung der Preiskontrolle, überhaupt in seiner ganzen bisherigen Praxis gezeigt hat — wir wollen uns höflich ausdrücken — wie man es nicht machen soll. In jedem andern demokratisch regierten Lande könnte ein Mann, der derart vom Parlament desavouiert wurde und in diesem Masse die Zielscheibe berechtigter öffentlicher Kritik ist, nicht mehr länger in der Regierung verbleiben. Und es ist wahrhaftig keine Stärke und keine Stärkung der schweizerischen Demokratie, dass es bei uns anders ist.

*

Die Wirtschaftskrise frisst indessen wie eine schleichende Krankheit immer weiter in den Wirtschaftskörper hinein. Jeder Tag des Weiterwurstelns bringt unserem Lande unermesslichen Schaden. Man wird es allem Anschein nach auch bei uns schliesslich so weit kommen lassen, dass das ganze Land vom Fieber geschüttelt wird, und dass es dann zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entladungen kommt, von denen sich die, die für den heutigen Marasmus verantwortlich sind, noch keine Vorstellung machen können.

Dass die Bundespolitik in einer Sackgasse gelandet ist, aus der sie nicht mehr heraus kommt, hat den Grund darin, dass man bei den Spitzen der Wirtschaft und des Staates die eigentliche Ursache der heutigen Schwierigkeiten immer noch nicht erfasst hat und deshalb auch den Ausweg nicht finden kann. Man glaubt immer noch, die ganze Krise sei lediglich eine Frage der Steigerung des Exports (was sie bis vor zwei bis drei Jahren in überwiegendem Masse, aber auch damals nicht ausschliesslich, gewesen ist), und sieht deshalb nicht, dass die Krise unserer Wirtschaft heute so umfassend ist, dass auch eine Besserung des Exports sie nicht be-

heben könnte. Daher sind auch alle die Rettungsvorschläge, die in letzter Zeit aufgestellt wurden, ganz unzulänglich. Wir denken dabei vor allem an die Projekte des Gewerbeverbandes und von Herrn Duttweiler.

*

Kann eine Exportumlage helfen? Der Schweizerische Gewerbeverband, bzw. die Resolution seiner Delegiertenversammlung, die zwar ziemlich unvermittelt gefasst wurde und deshalb in den eigenen Reihen Kritik erfuhr, geht wenigstens von dem richtigen Gedanken aus, dass eine weitere Deflation in der Schweiz unmöglich ist. Sie beschränkt sich aber auf die Erklärung, ein weiterer Preisabbau könne nicht den Ausweg aus der Krise bringen, sowie auf den Vorschlag: «eine bescheidene Belastung der Inlandwirtschaft und des Importes mit einer allgemeinen Umlage vorzusehen», deren Ertrag zur Förderung der Exportindustrie und der Hotellerie zu verwenden sei.

Glaubt aber jemand im Ernst, dass die Schwierigkeiten der schweizerischen Gesamtwirtschaft auch nur einigermassen behoben werden könnten durch eine grosszügigere Hilfe an die Aussenwirtschaft? Wird der Deflationsdruck in der Inlandwirtschaft dadurch aufgehoben? Wird die Baukrise oder die Verkehrskrise dadurch überwunden? Wird der Kapitalmarkt dadurch aufgelockert, die Bankenkrise beseitigt, der Zinsfuss gesenkt? Wird dadurch etwas beigetragen zur Lösung des Schuldenproblems? Wir können keine einzige dieser Fragen bejahen. Dagegen müsste man in Kauf nehmen, dass der Konsum belastet würde mit einer Auflage, die nach der Schätzung des Präsidenten des Gewerbeverbandes 200 bis 250 Millionen Franken ausmacht.

*

Die Vorschläge Duttweiler laufen grundsätzlich auf dasselbe hinaus: Hilfe für die Exportindustrie in grossem Ausmass auf Kosten der Konsumenten. Nur würden die Zuschüsse an den Export in der Weise geleistet, dass nur derjenige, der exportiert, die Bewilligung zum Import erhält; diese Importbewilligung oder -lizenz kann er dann mit Gewinn verkaufen, was ihm ermöglicht, billiger zu exportieren. Um einzelnen Industrien besondere Vorteile zu gewähren, ist eine Abstufung vorgesehen, bzw. es müsste die Zuteilung der Importlizenzen verschieden gehandhabt werden.

Bei diesen Vorschlägen ist fraglich, ob sie überhaupt praktisch verwirklicht werden können, da sie mit den geltenden Handelsverträgen in Widerspruch stehen. Entscheidend für ihre volkswirtschaftliche Bedeutung ist aber der Umstand, dass genau wie beim Vorschlag des Gewerbeverbandes einzig der Exporteur Vorteile

bekommt, alle andern Schwierigkeiten bleiben ungelöst. Die nachteilige Wirkung auf das inländische Preisniveau ist vermutlich noch gefährlicher, da das System Duttweiler direkt eine Einladung an die grosskapitalistischen Unternehmungen darstellt zur Bildung monopolitischer Organisationen, die die Konsumenten dann beliebig schröpfen könnten.

Die Projekte Gewerbeverband und Duttweiler kommen unseres Erachtens zu spät, um wesentliches beizutragen zur Ueberwindung der Krise in der Schweiz. Vor zwei Jahren hätte auf diese Weise ein Ausweg gefunden werden können, aber auch damals nur in Verbindung mit einem konsequenten Antideflationskurs. Doch die gleichen Kreise, die heute diese Vorschläge bringen, wollten nichts davon wissen, als wir unter den Postulaten der Kriseninitiative ähnliche Vorschläge vertraten. Heute genügen solche Massnahmen noch viel weniger. Sie hätten übrigens eine Preissteigerung zur Folge wie die Abwertung des Schweizer Frankens, die angeblich auf diesem Wege verhindert werden soll. Der Hauptnachteil der Abwertung, die Belastung der Konsumenten würde somit ebenfalls eintreten, wenn auch vermutlich in geringerem Ausmasse. Doch würden anderseits die Vorteile, die als Folge einer Senkung des Frankenkurses zu erwarten wären, namentlich die Beruhigung auf dem Kapitalmarkt, nicht eintreten.

Anerkennen wollen wir immerhin, dass das wenigstens Vorschläge sind, die bezwecken, dass irgend etwas getan werden soll, wenn auch in ungenügendem Ausmass, da sie eben nur einem Teil der Wirtschaft helfen können. Die meisten Kritikaster dieser Projekte sind nicht berechtigt, dagegen aufzutreten, da sie überhaupt nichts vorzuschlagen wissen.

*

Die Diskussion um den Schweizer Franken geht weiter. Das liegt in den gegenwärtigen Verhältnissen begründet und kann durch keine Strafgesetze und keine Zensuren von wirtschaftspolitischen Ignoranten verhindert werden. Unter den Wirtschaftstheoretikern und Wirtschaftspraktikern, die sich ernsthaft mit den Fragen der Währungspolitik befasst haben, gibt es heute nur noch vereinzelte, die ein Umgehen der Abwertung durch die Schweiz noch für möglich halten. Die meisten hüllen sich allerdings in Schweigen oder sprechen ihre Meinung nur unter vier Augen aus. Das ist begreiflich, da jeder, der es wagt, seine Meinung öffentlich zu äussern, von der Presse aller Parteien aufs Korn genommen wird. Es ist ja ungemein populär, gegen die Abwertung zu Felde zu ziehen, besonders wenn man sich die Sache so leicht macht, wie es die meisten tun, indem sie mit keinem Wort antworten auf die

Frage, wie denn die Kurssenkung angesichts der heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse verhindert werden könnte. Wir halten unserseits diese sogenannte Aufklärung, die sich rein negativ einstellt, und keinen Weg zeigt, es sei denn die Verlängerung der Deflation, für verhängnisvoll, ja für ein Vergehen am Volk. Denn das wird nur bewirken, dass das schweizerische Publikum dann, wenn der Frankenkurs doch gesenkt werden muss, sehr ungeschickt reagieren und damit viel Unheil anrichten wird. Und wenn der Bundesrat schon etwas bestrafen wollte, so müsste er die strafen, die das Volk derart in eine Panikstimmung hineinjagen.

Diese Panikpropaganda versetzt natürlich auch den Bundesrat in eine sehr schwierige Situation. Er ist gezwungen, Erklärungen abzugeben, die um so negativer wirken, je häufiger sie wiederholt werden. Er wird ferner dazu gedrängt, eine Politik zu treiben, die vielleicht seiner eigenen Erkenntnis widerspricht, die er aber fortsetzen muss, weil er wegen der öffentlichen Meinung die Verantwortung für etwas anderes nicht zu übernehmen wagt. Dass diese Politik nicht die des wirtschaftlichen Aufbaus ist, sondern eine resignierte Politik der Deflation, ist für jeden Kenner der Personen und Verhältnisse offensichtlich. Der Bundesrat sieht sich gezwungen, durchzuhalten bis zu einem Moment, wo selbst die Senkung des Frankenkurses zu spät kommt, weil das Schlamassel bis dann so gross ist, dass sogar die möglichen Heilkräfte unwirksam bleiben.

Aus all diesen Ueberlegungen sind wir überzeugt davon, dass unter den heutigen Umständen Propaganda und Kundgebungen gegen die Abwertung nur eine Verlängerung der Periode der Deflation und des wirtschaftlichen Niedergangs bewirken.

*

Die eidgenössiche Verkehrspolitik ist ebenso in einer Sackgasse festgefahren wie die Wirtschaftspolitik. Herr Pilez-Golaz hält zwar in letzter Zeit zahlreiche Reden, die aber selbst in der Presse seiner eigenen Partei enttäuschen. Denn er wiederholt stets, die Bundesbahnen müssten saniert werden; allein wie sie saniert werden können, hat er noch nie gesagt und weiss er offenbar auch nicht.

Fest steht jedenfalls, dass die Bundesbahnkrise und auch die Krise der Privatbahnen, die ja nicht minder gross ist, auf dem bisherigen Wege der Deflation nicht überwunden werden kann. Neben der Autokonkurrenz und den bahnfremden Lasten, die den Bundesbahnen während des Krieges ohne genügende Entschädigung zugemutet wurden, ist die Wirtschaftskrise und die Defla-

tionspolitik die Hauptursache der Verkehrskrise. Das haben der Vorsteher des Eisenbahndepartements und der Bundesrat immer noch nicht erkannt; denn sie glauben noch immer daran, den Bundesbahnen könne durch Lohnabbau beim Personal geholfen werden. Zu diesem Zwecke soll zunächst das Mitspracherecht des Parlaments und des Volkes bei der Lohnfestsetzung für die Bundesbahner ausgeschaltet werden. Dabei ist heute schon zu ersehen, dass die Einsparungen, die der zweite Lohnabbau beim Bundespersonal gebracht hat, weit übertroffen worden sind durch den Einnahmenrückgang infolge des schrumpfenden Volkseinkommens. Der Föderativverband hat eben eine sehr gründliche Eingabe an den Bundesrat gerichtet, worin er den Nachweis erbringt, dass die Eisenbahnen durch Lohnabbau und allgemeine Deflationspolitik in eine immer schlimmere Situation hineingeraten.

Aber auch dem Verkehrsproblem gegenüber haben die jetzigen Behörden derart versagt, dass man sich schwer vorstellen kann, wie es in nächster Zeit anders werden könnte mit denselben Leuten. Auch da spitzt sich die Krise zu einer politischen und zu einer Vertrauenskrise zu, die nur durch eine ganz umfassende Kursänderung überwunden werden kann.

Chronik der eidgenössischen Sozialpolitik.

1874 Bei der Totalrevision der Bundesverfassung wird der Art. 34 geschaffen, der mit der Ermächtigung zum Erlass eines eidgenössischen Fabrikgesetzes den Anfang macht zur sozialpolitischen Gesetzgebung des Bundes.

1877 Das Bundesgesetz betreffend die Arbeit in den Fabriken (Fabrikgesetz) verbietet die Fabrikarbeit der Kinder unter 14 Jahren und bringt den elfstündigen Normalarbeitstag.

1879 Ein Bundesgesetz stellt das Verkaufs- und Fabrikationsverbot auf für Zündhölzchen, bei denen gelber Phosphor verwendet wird. Das Gesetz wurde 1882 wieder aufgehoben.

1881 Das Bundesgesetz betreffend die Haftpflicht aus Fabrikbetrieben und

1887 das Bundesgesetz betreffend die Ausdehnung der Haftpflicht regeln die Haftpflicht der Unternehmungen bei Betriebsunfällen.

1890 Durch eine Partialrevision wird der Bundesverfassung der Art. 34bis beigefügt, der die verfassungsmässige Grundlage für die Kranken- und Unfallversicherungsgesetzgebung bildet.